

# Protokolleintrag vom 04.04.2012

2012/151

## Erklärung der AL-Fraktion vom 04.04.2012: Kinderbetreuung

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Kinderbetreuung ist kein Kinderspiel

Vor dem Rathaus protestiert das Hortpersonal der Stadt gegen die Qualitätsverschlechterung in der ausserschulischen Betreuung. Drinnen sitzt ein Gemeinderat, der Vorstösse abarbeiten will, die alle einmal in der Aufregung eines Ereignisses eingereicht wurden.

Wer mit etwas Abstand auf dieses Szenario blickt, wird nicht um die Feststellung herumkommen, dass die Herausforderungen, vor denen wir sieben Jahre nach der Annahme des neuen Volksschulgesetzes und von „Kinderbetreuung konkret“ stehen, in der gemeinderätlichen Diskussion nur indirekt – und zum Teil auch völlig verquer – thematisiert werden. In einem Punkt sind wir uns aber grossmehrheitlich wohl einig: Der Bedarf nach Kinderbetreuung ist enorm, nicht nur aufgrund der wieder gestiegenen Geburtenraten, sondern vor allem, weil Eltern arbeiten müssen und ihre Kleinen auch in der Zeit möglichst liebevoll umsorgt und gefördert wissen möchten.

In den nächsten Jahren erwarten uns folgende Herausforderungen:

- In den städtischen Horten ist die Zahl der Plätze seit 2005 von 5000 auf über 8000 erhöht worden. Den nächsten Ausbauschnitt, eine Verdoppelung der Zahl der Hortplätze wird notwendig sein, will der Stadtrat jedoch nur mit einem einschneidenden Umbau – die Leute vom Fach reden von einem Abbau – realisieren.
- In den letzten sieben Jahren ist das Angebot in den grossmehrheitlich privaten Krippen deutlich ausgebaut worden. Doch: Nur die Hälfte der heute zur Verfügung stehenden 6000 Plätze können dank städtischen Subventionen den Eltern zu tragbaren Bedingungen angeboten werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die Deckungsbeiträge, die die Stadt für diese „subventionierten“ Plätze bezahlt, nicht kostendeckend sind, und deshalb in vielen privaten Krippen die unsubventionierten die subventionierten Plätze querfinanzieren.
- Es gibt zwar keine konsolidierten Zahlen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass für die Umsetzung des Auftrags von „Kinderbetreuung konkret“ in den nächsten Jahren die städtischen Aufwendungen für Krippen von heute 60 auf rund 90 Millionen und die städtischen Aufwendungen für Horte von heute 100 auf über 200 Millionen Franken erhöht werden müssen.

In der Pressemitteilung nach der Abstimmung vom 5. Juni 2005 schreibt der Stadtrat: „Ziel ist ein bedarfs- und lebensraumorientiertes, flexibles und altersdurchlässiges Betreuungsangebot in guter Qualität, das koordiniert, vernetzt und finanzierbar ist und auch die Eigeninitiative von Privaten fördert.“ Es war damals schon klar, dass dieses Ziel nur mit einem erheblichen Mittelaufwand erreicht werden kann.

Heute diskutieren wir jedoch nicht, wie wir die Mittel bereitstellen können, um das Betreuungsangebot ohne eine Nivellierung der Qualität nach unten bereitzustellen. Wir streiten nur um die Frage, mit welchen kleineren und grösseren Umbaumaassnahmen – oder ehrlicher: Abbaumaassnahmen – wir das Ausgabenwachstum eindämmen können. Vielmehr wäre die Grundsatzfrage zu stellen, wieviel uns Kinderbetreuung wert ist, welche gesellschaftlichen Aufgaben diese wahrnehmen soll, was Fremdbetreuung leisten soll. Basierend darauf ist die Abwägung vorzunehmen, ob und wie die Stadt dies finanziert.

Der AL ist mehr als bewusst, dass die Beträge, die die Stadt für die Umsetzung von Kinderbetreuung konkret aufzubringen hat, erheblich sind und ist auch gerne bereit, über die Kosten pro Betreuungsplatz zu diskutieren. In Diskussionen über die Reduktion von Aufwendungen müssen aber Sparpotential und Qualitätsstandards seriös gegeneinander abgewogen werden. Kinder sind weder eine Ware mit verhandelbarem Preis, noch Maschinen, die auf mehr Effizienz getunt werden können. Ideen wie die FDP-Halbtageschule mit integrierter Sandwichpause halten wir schlicht für ein Armutszeugnis. Wenn die Prioritäten richtig gesetzt werden, kann die Stadt die finanziellen Mittel freischaufeln, um den Auftrag aus der Volksabstimmung ohne Qualitätseinbussen umzusetzen. Das ist das Signal, das der Gemeinderat dem Stadtrat heute geben muss.